Berechnung der anteiligen Elternbeiträge

Sofern die behördlichen Betretungsverbote oder Besuchsbeschränkungen nicht den ganzen Monat betreffen, sind die Beiträge anteilig zu verringern. Dazu ist in den betroffenen Monaten wie folgt zu verfahren. Es sind die Tage pro Monat und die Tage der jeweils angeordneten Betretungsverbote oder Besuchsbeschränkungen zugrunde zu legen.

Beispiel: Sollte ein Monat 31 Tage aufweisen, wäre dies die Grundlage zur Berechnung.

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

1 Erstattung für die Dauer der Betretungsverbote

In diesem Beispiel wurde für die erste Woche in dem Monat ein Betretungsverbot (rot gekennzeichnet) ausgesprochen.

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Für diesen Fall sind die Elternbeiträge wie folgt zu kürzen:

Der maximale Elternbeitrag bei einer Betreuungszeit von 40 Stunden pro Woche für ein Ü3-Kind beträgt 226,40 Euro. Dieser wird in dieser Beispiel-Kita von den Eltern erhoben.

In dem Monat bestand an 7 von 31 Tagen ein Betretungsverbot. Folglich kann der Einrichtungsträger für 24 von 31 Tagen einen Elternbeitrag erheben. Damit ist der Elternbeitrag für diesen Monat so zu errechnen:

$$226,40 \text{ Euro} * \frac{24}{31} = 175,2774193548387 \text{ Euro}$$

Ein Ergebnis mit mehr als zwei Nachkommastellen ist in jedem Fall abzurunden. Somit beträgt der Elternbeitrag in diesem Monat **175,27 Euro**.

Nach § 59 Absatz 2 Kindertagesförderungsgesetz erstattet die Standortgemeinde den Einrichtungsträgern auf Antrag innerhalb von zwei Monaten die ausgefallenen Elternbeiträge.

Für den Zeitraum der Betretungsverbote hat der Einrichtungsträger in diesem Beispiel pro Kind mit 40 Stunden-Betreuung einen Ausfall der Elternbeiträge in Höhe von:

$$226,40 \text{ Euro} - 175,27 \text{ Euro} = \mathbf{51,13 \text{ Euro}}$$

Den Betrag kann er gegenüber der Standortgemeinde als Einnahmeausfall für die Dauer der Betretungsverbote berücksichtigen.

2 Erstattung für die Dauer des eingeschränkten Regelbetriebs

Darüber hinaus besteht in diesem Beispiel noch ein eingeschränkter Regelbetrieb über eine weitere Woche. Das Betretungsverbot ist in diesem Bild rot markiert und der eingeschränkte Regelbetrieb gelb:

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Für die Kinder, die in dem Zeitraum der jeweiligen behördlichen Anordnung keine Betreuung in der Kindertageseinrichtung in Anspruch genommen haben, ist für den Zeitraum der Regelung in der Allgemeinverfügung zum eingeschränkten Regelbetrieb weiterhin kein Elternbeitrag zu erheben. Bei einer nur tagweisen Abwesenheit erfolgt keine Erstattung.

Die Eltern, die auch weiterhin keinen Betreuungsanspruch haben, haben somit nur für die verbleibenden 17 von 31 Tagen einen Elternbeitrag zu leisten. Der von diesen Eltern zu erhebende Elternbeitrag beträgt somit:

$$226,40 \text{ Euro} * \frac{17}{31} = 124,1548387096774 \text{ Euro}$$

Auch dieses Ergebnis ist auf zwei Nachkommastellen abzurunden. Der von den Eltern zu leistende Elternbeitrag beträgt somit **124,15 Euro**.

Dadurch hat der Einrichtungsträger im konkreten Fall einen Ausfall eines Elternbeitrages in Höhe von:

$$226,40 \text{ Euro} - 124,15 \text{ Euro} = 102,25 \text{ Euro}$$

Von diesen 102,25 Euro hat der Einrichtungsträger bereits 51,13 Euro für die Erstattung für den Zeitraum der Betretungsverbote berücksichtigt.

$$102,25 \text{ Euro} - 51,13 \text{ Euro} = 51,12 \text{ Euro}$$

Somit sind für dieses Kind noch **51,12 Euro** für die Dauer des eingeschränkten Regelbetriebs als Einnahmeausfall zu berücksichtigen.

Sollte nach der Anordnung des eingeschränkten Regelbetriebs per Allgemeinverfügung eine Verlängerung erfolgen, so ist auch hier der Zeitraum dieser Allgemeinverfügung zu berücksichtigen. Für die Kinder, welche in diesem Folgezeitraum durchgängig keine Betreuung in Anspruch nehmen, wird der Elternbeitrag wiederum erstattet.

Es ist folglich nur der einzelne Zeitraum der Allgemeinverfügung zu berücksichtigen. Sollte ein Kind während der Dauer der ersten Allgemeinverfügung die Betreuung in der Kindertageseinrichtung nicht in Anspruch genommen haben, in der darauffolgenden Zeit einer folgenden Allgemeinverfügung hingegen schon, so ist für dieses Kind für den Zeitraum der ersten Allgemeinverfügung kein Beitrag zu erheben, für den Folgezeitraum wiederum schon.

Die Erstattungsleistung lässt sich so erst im Nachhinein konkret beziffern. Insoweit haben Sie als Einrichtungsträger gegenüber den Eltern zwei Monate Zeit, die ggfs. überzahlten Beiträge zu erstatten.